

MORRIS MACMATZEN/GETTY IMAGES

Hamburger Hafen: Deutschlands Wirtschaft wächst – allerdings vor allem wegen staatlicher Ausgaben

Harsches Urteil über Deutschland

Der US-Ökonom Bachmann hat nach den Wahlen neue Hoffnung für die USA. Die Wirtschaftspolitik in seiner deutschen Heimat kritisiert er scharf: Er attestiert einen toxischen Mix, der das Land faktisch reformunfähig mache

Rüdiger Bachmann lehrt Ökonomie an einer der renommiertesten Hochschulen der USA, der University of Michigan. Er ist in Deutschland geboren, lebt aber seit vielen Jahren in den USA und ist inzwischen amerikanischer Staatsbürger. Er hat bei den Zwischenwahlen seine Stimme abgegeben – allerdings nicht für den Kandidaten der Demokraten in Michigan, Abdul El-Sayed. Als Deutscher könne er keinen Antisemiten unterstützen. Für Trumps Kandidaten wollte er aber auch nicht stimmen – er wählte eine „third party".

FRANK STOCKER

Derzeit ist der Ökonom in Deutschland unterwegs. WELT traf ihn am Rande des Investmentfokus von Lupus Alpha in Frankfurt am Main und sprach mit ihm über die ökonomischen Folgen der Wahl, für die USA und für Deutschland, und darüber, was hierzulande passieren müsste, damit es wirtschaftlich endlich wieder aufwärtsgeht.

WELT: Bei den Midterms gab es einen Blue Tsunami, einen haushohen Sieg der Demokraten. Wird das Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik des Präsidenten haben?
RÜDIGER BACHMANN: Ich erwarte zunächst Stillstand. In dieser Amtszeit Trumps wurde wirtschaftspolitisch ohnehin nicht viel erreicht – abgesehen von den Zöllen und der „Big Beautiful Bill", die das Defizit noch einmal massiv erhöht hat. Trump ist kein legislativer Präsident mit einer legislativen Agenda. Er regiert mit Verordnungen, die Gerichte dann manchmal kassieren und manchmal nicht. Die Demokraten werden versuchen, ihre eigene Agenda aufzusetzen, stoßen dabei aber an Trumps Vetorecht. Bei den Zöllen erwarte ich ebenfalls keine großen Bewegungen durch den Kongress. Die Demokraten werden versuchen, die Zollhoheit wieder stärker ans Parlament zu binden. Mir fehlt aber noch die Fantasie, was der politische Kuhhandel sein könnte, mit dem man Trump dazu bringt, zuzustimmen.

WELT: Die Demokraten haben doch einen wichtigen Hebel: den Haushalt und die Schuldenobergrenze.
BACHMANN: Das stimmt, darüber ließe sich ein Kuhhandel konstruieren. Aber auch hier dürfen die Demokraten nicht überreizen. Einen Shutdown, bei dem die gesamte Administration stillgelegt wird, mögen die Amerikaner grundsätzlich nicht. Und Trump sitzt am Ende wohl am längeren Hebel, weil er keine legislative Agenda hat, die er schützen müsste. Wer etwas für die Amerikaner herausholen will, macht sich damit immer erpressbar. Natürlich kann Trump sich aber auch neu erfinden und plötzlich zum „Dealmaker in Chief" werden. Man kann ja bei ihm nichts ausschließen.

WELT: Außerdem ist ja die Frage, ob die Zölle für die Demokraten oberste Priorität haben.
BACHMANN: Ich habe trotzdem eine gewisse Hoffnung. Bei den Demokraten sind die Zentristen klar in der Mehrheit, die vor allem für eine rationale Wirtschaftspolitik stehen. Dazu gehört auch: Der optimale Zollsatz ist nicht immer null, für China beispielsweise nicht. Eine rationale Zollpolitik könnte so aussehen, dass man wegkommt von Zöllen gegen Verbündete und sich stattdessen geostrategisch auf systemische Gegner wie China und Russland konzentriert.

WELT: Ein drängendes Problem sind auch die Staatsschulden, die inzwischen die Marke von 40 Billionen Dollar überschritten haben. Das Haushaltsdefizit liegt irgendwo zwischen sechs und sieben Prozent. Ist zu erwarten, dass die Demokraten hier auf eine Kursänderung drängen?
BACHMANN: Amerika muss dringend sein fiskalisches Haus in Ordnung bringen. Der Schuldenstand ist nicht auf tragfähigem Niveau – selbst deutlich höhere Wachstumsraten, die vielleicht durch KI kommen könnten, würden das kaum ausgleichen. Dazu kommt die Lage bei der Sozialversicherung: Ohne politische Kurskorrektur ist sie zu Beginn des nächsten Jahrzehnts faktisch zahlungsunfähig. Da muss etwas passieren. Ich kann nur hoffen, dass die zentristischen Demokraten das verstehen.

WELT: Aber der Dollar ist die Leitreservewährung – pleitegehen können die USA nicht.
BACHMANN: Das stimmt, aber es kann eine Lage entstehen, die ähnlich wirkt, beispielsweise durch Inflation. Ich fürchte, man wird sich – wie schon in der Nachkriegszeit – auf finanzielle Repression einigen: Bestimmte Akteure werden faktisch gezwungen, amerikanische Staatsanleihen zu halten. Der ökonomische Vordenker der MAGA-Bewegung, Stephen Miran, hat genau das schon vor einiger Zeit gefordert. Das wäre vor allem gegen ausländische Investoren gerichtet: Wer Zugang zum amerikanischen Markt behalten will, soll beispielsweise hundertjährige Anleihen mit niedriger Rendite kaufen. Die Demokraten dürften eher auf interne finanzielle Repression setzen, also Pensionsfonds oder Banken verpflichten, bestimmte Anleihen zu halten, wenn sie ihre Lizenz behalten wollen. Es wird wahrscheinlich ein Kompromiss aus beidem werden.

WELT: Wechseln wir die Perspektive. Sie haben kürzlich gesagt, Deutschland bereite Ihnen mehr Sorgen als die USA. Warum?
BACHMANN: Die USA haben mehr Aufwärtspotenzial, weil die Amerikaner immer wieder bewiesen haben, dass sie sich neu erfinden können. Die Amerikaner haben das in den Midterms auch gezeigt, sie haben Trumpismus und Woke-Ideologie gleichermaßen abgewählt und wollen einen zentristischen, wachstums- und technologiefreundlichen Kurs ohne Xenophobie. Dazu kommt: Amerika hat kein so starkes demografisches Problem wie Deutschland und Europa. Eine Gesellschaft, in der immer mehr ältere Menschen ohne Kinder leben, verliert de facto die Zukunftsorientierung ihrer Wählerschaft. Die Beamtenwitwe priorisiert die Mütterrente, nicht Investitionen in Forschung und Universitäten.

WELT: Die Politik könnte versuchen, das zu überwinden.
BACHMANN: Selbst wenn die Politik gegen den Willen der Mehrheit handeln wollte – wie Schröder oder Kohl es taten –, sind die Bedingungen heute fundamental anders. Damals waren die politischen Ränder klein und ungefährlich. Heute sind sie groß. Und die makroökonomische Volatilität – Kriege, Pandemien, geopolitische Schocks – ist viel höher. Das ergibt ein gefährliches Muster: Man versucht eine Reform, dann kommt ein externer Schock, und die Ränder geben der Reform die Schuld. AfD und Linkspartei gewinnen weiter, und die Reformer sind politisch erledigt. Und das Ganze wird noch durch die heutige Aufmerksamkeitsökonomie der sozialen Medien verstärkt. Wir sehen eine Kombination aus demografisch reformunwilliger Wählerschaft, starken Rändern, hoher Makrovolatilität und den sozialen Medien. Es besteht ein toxischer Mix, der die Politik faktisch reformunfähig macht.

WELT: Aber Wachstum könnte uns doch retten – die deutsche Wirtschaft wächst dieses Jahr immerhin um 1,2 bis 1,5 Prozent. Sind wir nicht wieder auf einem guten Pfad?
BACHMANN: Das Wachstum speist sich wesentlich aus staatlichen Stimuli, vor allem den Verteidigungsausgaben, die ich für absolut notwendig halte. Den konjunkturellen Nebeneffekt nehme ich gern mit. Aber das ändert nichts an den Strukturproblemen.


PICTURE ALLIANCE / TEUTOPRESS

Rüdiger Bachmann

WELT: Immerhin versucht die Regierung auch, Reformen durchzuführen.
BACHMANN: Ja, aber man sieht täglich, wie sie steckenbleiben. Und das eigentliche Problem dahinter ist: Es sind Reparaturreformen. Ihr Ziel ist es nicht, Wachstum zu erzeugen, sondern Schrumpfung zu verhindern.

WELT: Sie befürworten die Ausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben. Gilt das auch für das Sondervermögen und wie es ausgegeben wird?
BACHMANN: Das erste Problem beim Sondervermögen ist, dass nicht alle Mittel wirklich zusätzlich investiert werden. Zweitens werden 100 Milliarden an die Länder verteilt, die das Geld im Wesentlichen ohne Vorgaben nutzen können. Auch bei den 100 Milliarden für den Klimafonds ist nicht klar, ob das wirklich produktives Kapital aufbaut. Und mit den übrigen 300 Milliarden betreibt man vor allem Substanzerhaltung. Man verhindert beispielsweise den Absturz der Deutschen Bahn, aber man baut nichts Neues. Dazu kommen kleinere Ausgaben, die eher politischem Kuhhandel entstammen – Sportstätten und Ähnliches. Das ist nicht per se falsch, aber man fragt sich, ob das die oberste Priorität ist.

WELT: Zumal das Sondervermögen ja irgendwann ausläuft. Was dann? Sollte die Schuldenbremse generell reformiert werden?
BACHMANN: Da schlagen zwei Herzen in meiner Brust. Das eine Herz sieht, dass die Schuldenbremse aus ökonomischer Sicht in ihrer jetzigen Form nicht gut konstruiert ist. Beispielsweise können in Krisen fast unbegrenzt Schulden aufgenommen werden, das muss danach aber recht abrupt wieder zurückgeführt werden, zu abrupt. Ein gleitender Übergang wäre sinnvoller. Mein anderes Herz sieht aber auch: Wenn man Politikern mehr Spielraum gibt, geben sie das Geld für fragwürdige Zwecke aus. Im Prinzip bin ich daher für eine Reform der Schuldenbremse – fürchte aber, dass man manchen Leuten in Berlin nicht den kleinen Finger geben sollte, weil sie sonst die ganze Hand nehmen.

WELT: Die Reform der Schuldenbremse steht zwar im Koalitionsvertrag, derzeit aber ganz offensichtlich nicht oben auf der Agenda. Ganz anders die Rentenreform. Gehen wir mal davon aus, dass diese demnächst beschlossen wird – was wären Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Reformen, die folgen sollten?
BACHMANN: Der erste Punkt mag überraschen, aber das Wichtigste wäre für mich eine Föderalismusreform. Die Bund-Länder-Beziehungen sind dysfunktional. Die Länder können den Bund heute mit allem erpressen. Die Kommunen dagegen, die die tatsächliche Daseinsvorsorge leisten, leiden – die Länder geben kaum etwas weiter. Das liegt an unklaren Zuständigkeiten, am Länderfinanzausgleich und an einer Struktur, die im Ergebnis organisierte Verantwortungslosigkeit produziert. Eine Reform wäre eine der grundlegenden Voraussetzungen dafür, Deutschland überhaupt wieder wachstumsfähig zu machen.

WELT: Und das Zweite?
BACHMANN: Die zweite große Reform ist eigentlich keine Reform nur für Deutschland, sondern für Europa: den Binnenmarkt wirklich vollenden und eine Kapitalmarktunion schaffen. Ein deutsches Dienstleistungsunternehmen kann auch heute faktisch kaum in anderen EU-Ländern tätig werden – umgekehrt genauso. Das muss sich ändern, denn der größte Vorteil der amerikanischen Konzerne ist, dass sie einen riesigen Binnenmarkt haben. Dort können sie zunächst zu einer respektablen Größe heranwachsen und dann die ganze Welt erobern. Unsere Unternehmen sind nach wie vor meist auf ihren relativ kleinen Heimatmarkt beschränkt und ziehen dadurch oft den Kürzeren im internationalen Wettbewerb. Die zweite Säule dieser Strategie: Allianzen schmieden mit Ländern, die nicht von den großen Mächten dominiert werden wollen. Afrika ist dabei der natürlichste Partner für Europa – strategisch massiv unterbelichtet.

WELT: Interessanterweise haben Sie Steuerreformen nicht erwähnt.
BACHMANN: Die höhere Priorität liegt für mich bei den Sozialbeiträgen. Geringverdiener zahlen kaum Einkommensteuer – Steuersenkungen helfen ihnen wenig. Aber die Sozialbeiträge treffen sie direkt. Gleichzeitig ist das Transfersystem so schlecht konstruiert, dass es starke Negativanreize zur Arbeit setzt. Das ifo-Institut hat vorgerechnet, dass eine Reform in Deutschland möglich wäre, die gleichzeitig mehr Arbeitsangebot erzeugt und die Staatseinnahmen erhöht. Das wäre aus Gerechtigkeits- und Effizienzgründen notwendig.

WELT: Wenn Sie Herrn Merz einen einzigen Ratschlag geben könnten – welcher wäre das?
BACHMANN: Denk nicht mehr an deine Wiederwahl. Mach das, was du als richtig erkannt hast.

WELT: Er denkt vermutlich gar nicht mehr an seine Wiederwahl.
BACHMANN: Das mag sein. Aber daraus folgt bislang nichts. Man hat eher das Gefühl, es folgt Depression daraus. Es sollte aber das genaue Gegenteil folgen. Das Motto sollte lauten: Jetzt erst recht.